

Es braucht eine europäische Nato

MEINUNG Europa kann sich nicht mehr auf den US-Schutzschirm verlassen. Die Staaten des alten Kontinents sollen nun ihre gemeinsame Verteidigungspolitik neu denken. **PRINZ MICHAEL VON UND ZU LIECHTENSTEIN**

Der Sohn des letzten österreichisch-ungarischen Kaisers, Otto von Habsburg, Autor wegweisender politischer Schriften, warnte schon in den Sechzigerjahren, wie illusorisch es für Europa wäre, sich langfristig unter dem Schutzschirm der USA auszurufen. Europa könne auf lange Sicht nicht neutral bleiben und müsse seine Werte aktiv verteidigen, mahnte er. Der Zeitpunkt werde kommen, zu dem sich Europa entscheiden müsse, ob es eine eigenständige Grossmacht sein und eine Rolle in der Weltpolitik zu rückgewinnen wolle. Die europäischen Staaten seien zu klein, um Führungspositionen für sich zu beanspruchen, vereinigt jedoch könnten sie sich zu einer Weltmacht etablieren, war Otto von Habsburg überzeugt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs galten die USA als engster Verbündeter Westeuropas. Sie standen den Europäern wegen ihrer demokratischen Gesinnung und der gemeinsamen christlichen Werte seit jeher sehr nahe. Die mit den USA konkurrierende Sowjetunion gerierte sich als marxistisch geprägter Aggressor, dessen Streben nach Weltrevolution sich deutlich von der freiheitlichen Gesinnung der USA abhob.

Europäische Staaten vertrauten darauf, von den politischen und den wirtschaftlichen Bündnissen und der militärischen Stärke der USA profitieren zu können. Zudem schaffte die europäische Integration den Umstand, dass die Kriegsgefahr innerhalb Europas über einen historisch einmaligen Zeitraum hinweg gebannt war.Präsident Trumps Wiederwahl und seine klaren Worte an der Münchner Sicherheitskonferenz, mit denen er das bisherige Verteidigungsverständnis infrage stellte, haben den Zeitpunkt markiert, den Otto von Habsburg bereits vor rund sechzig Jahren kommen sah.

Unterschiedliche Interessen

Die EU leistete in der Vergangenheit hervorragende Arbeit, mit der sich vor allem die Vision eines freien europäischen Binnenmarktes weitgehend realisieren liess. Mit Blick auf eine tragfähige Aussen- und Sicherheitspolitik zeigte sich die Institution allerdings wenig geeignet. Ein zu starkes Vertrauen auf die Sicherheitsleistung durch die Nato, eine Bequemlichkeit der Politik in den europäischen Staaten sowie fehlende Weitsicht und Ignoranz sind Gründe. Während heute Nord- und Zentraleuropa vor allem seitens Russlands eine Bedrohung sehen, ist Südeuropa besorgt über die politischen, wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen in Afrika, die zu Migration führen.



«Eine unvollkommene EU ist zielführender als eine immer engere Union.»

Um den Frieden für Europa sichern zu können, braucht es eine Vision, die diese unterschiedlichen Interessen berücksichtigt, sowie ein klares Bekenntnis zur Finanzierung der europäischen Verteidigungsindustrie und ein gemeinsames Verständnis zu einer aktiven europäischen Verteidigungspolitik. Wenn Europa selbst keine geopolitisch strategische Rolle spielt, werden andere über Europa entscheiden. Otto von Habsburg vertrat die Ansicht, dass nur ein starker Kontinent die Chance zum Überleben hat. In seinem 1965 veröffentlichten Buch «Europa, Grossmacht oder Schlachtfeld» nannte er deutlich, worin Europas Wahl bestehen wird.

Viele sehen Europas Zukunft darin, Mitgliedstaaten immer stärker in einen Verbund zu integrieren, mit einer straffen, zentralistischen Führung in Brüssel. Die Stärke Europas liegt jedoch gerade in der Vielfalt und den nationalen Unterschieden. Interessen der Mitgliedstaaten sollten berücksichtigt werden, um langfristig auf Akzeptanz zu stossen. Daher wäre eine unvollkommene Union zielführender als eine immer engere Union. Gerade aus der europäischen Unvollkommenheit ergeben sich Chancen für die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Zukunft Europas.

Hinsichtlich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aber wäre eine Union anzustreben, die auf eine Koalition von mitmachenden Staaten hinwirkt. Eine europäische Nato (Enato), die im Idealfall eng mit den USA kooperiert, schlicht und einfach deshalb, weil deren geografische Lage und die wirtschaftliche Stärke herausragend sind. Insbesondere zwei Staaten wären für eine Enato unabdingbar, da sie die stärkste Verteidigung Europas aufweisen: das Vereinigte Königreich und die Türkei. Eine Enato würde nicht in Konkurrenz zur etablierten Nato stehen, sondern ergänzend zu ihr agieren. Sie wäre ein eigenständiges militärisches Bündnis, mit dem Europa mehr strategische Autonomie für seine europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinteressen erlangen würde. Essenziell für den Erfolg wäre, dass bei der Beschaffung kooperiert und ein Augenmerk auf kompatible Verteidigungssysteme gerichtet wird.

Die Förderung der Rahmenbedingungen einer europäischen Rüstungsindustrie sollte im Vordergrund stehen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Rüstungsindustrie auch innovationsfördernd ist. Man denke etwa an die Entwicklung des Internets, das seinen Ursprung in einem unter der Leitung des US-Verteidigungsdepartements geschaffenen dezentralen Informationsnetz-

werk hatte. Das Dual-Use-Prinzip, also die Verwendung von Gütern für militärische und zivile Zwecke, ist ein wirtschaftliches Erfolgsmodell.

Innerhalb der Enato könnten sich nord- und zentral-europäische Länder auf Sicherheitsaspekt und Verteidigungsleistung gegen Osten konzentrieren, während sich die südeuropäischen Länder gegen Süden fokussieren könnten. Die Enato würde Europa im Ernstfall eigenständigeres Handeln im Sinne europäischer Interessen ermöglichen und Europas Stimme in der Nato mittelfristig stärken. Zudem müsste das europäische Verteidigungsbündnis fähig sein, die Lieferketten zu schützen und ausserhalb Europas operieren können, sollten europäische Interessen bedroht sein.

Geopolitische Schlüsselzonen

Die Arktis und der Weltraum stellen zwei weitere Zonen dar, die rasch an geopolitischer Relevanz gewinnen werden. Der Weltraum ist bedeutend, weil Verteidigung und Sicherheit immer mehr von neuen Technologien bestimmt werden. Satelliten etwa sind massgebend für Navigation, Kommunikation sowie Spionage- und Cyberabwehr. Eine strategische Schlüsselposition Europas im Weltraum würde die Souveränität im digitalen Bereich stärken, Abhängigkeiten von geopolitischen Machtblöcken verringern und die Verteidigung respektive die Absicherung europäischer Infrastruktur unterstützen. Die Arktis birgt geopolitisch und wirtschaftlich ein enormes Potenzial und ist militärisch gesehen eine wichtige Zukunftsregion. Nicht von ungefähr baut Russland seine militärische Präsenz in der Arktis massiv aus oder erklärt China die Arktisregion zu einem zentralen Bestandteil seiner Belt-and-Road-Initiative, in der sie als dritter Korridor der chinesischen Seidenstrasse gilt.

Das 1965 von Otto von Habsburg herausgegebene Buch «Europa, Grossmacht oder Schlachtfeld» zeigt sich wegweisend für die heutige Situation Europas. Wenn Europa kein kriegerischer Schauplatz werden will, müssen jetzt die notwendigen militärischen Kapazitäten geschaffen werden. Auch wenn manche es nicht wahrhaben möchten, nur ein gerüsteter Staat wird in Frieden leben können. Wenn in einem Territorialstaat keine eigene Armee steht, dann wird irgendwann eine fremde Armee Einzug halten. Freiheit ist nicht selbstverständlich, sondern muss immer wieder erkämpft werden. Otto von Habsburg war ein langjähriger Kolumnist von «Finanz und Wirtschaft», und der Zeitpunkt ist richtig, seine mahnenden Worte und von Weitsicht geprägten Gedanken in Erinnerung zu rufen.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Executive Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablisement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tanks European Center of Austrian Economics Foundation.

Fed, fokussieren!

Die hohen Zölle könnten die Konsumentenpreise in den USA erheblich erhöhen. Damit hat Jerome Powell begründet, mit einer Zinssenkung abzuwarten. US-Präsident Donald Trump eifert dagegen. Seiner Ansicht nach müsste der Leitzins «zwei bis drei» Prozentpunkte tiefer liegen – also bei etwa 2 statt 4,5%.



Inzwischen haben sich bereits zwei Mitglieder des Fed-Direktoriums für einen tieferen Leitzins ausgesprochen. Der nächste Zinsentscheid ist für den 30. Juli angesetzt. Es gibt nachvollziehbare Gründe, dann eine Lockerung zu erwägen – dies wäre kein Nachgeben gegenüber Trumps Maximalforderungen.

Die Sorge um einen Teuerungsschub ist zwar nicht unbegründet. So klagen US-Unternehmen über steigende Einkaufspreise. Wäre zudem der Israel-Iran-Konflikt weiter eskaliert, hätte ein Ölpreisschock das Preisgefüge als zusätzlicher Inflationstreiber bewegt.

Allerdings gibt es Grenzen für die Instrumente der Geldpolitik. Notenbanker sind gut beraten, einem einmaligen Preisschub, der sich der direkten Kontrolle des Fed entzieht, nicht übermässige Bedeutung beizumessen. In den Zuständigkeitsbereich der Geldpolitik fallen konjunkturelle Ursachen der Inflation – etwa eine Überhitzung oder eine Unterauslastung der Wirtschaft – sowie das Management der Teuerungserwartungen. So ist eine Inflationsspirale zu verhindern, etwa infolge überzogener Lohnforderungen.

Gegen Zölle oder Kriege richten hohe Zinsen hingegen wenig aus. Solche Ereignisse könnten mittelfristig gar für eine geldpolitische Lockerung sprechen, da die resultierende Unsicherheit sowie die Zurückhaltung von Unternehmen und Konsumenten die Konjunktur belasten.

Der Westen darf Irans Regime nicht noch einmal stützen

MEINUNG Entscheidend für Sicherheit und Prosperität in Nahost ist nun die nachhaltige Eindämmung der Mullahs in Teheran. **VALENTIN ADE**

Er wünscht sich doch so sehr den Friedensnobelpreis. Und so erklärte US-Präsident Donald Trump denn auch Frieden nach einem Zwölfstagekrieg Israels gegen den Iran. Verhalten zogen die Kriegsparteien mit. Entscheidend war, dass sich die USA auf Geheiss Trumps auf der Seite von Israel in den Krieg eingeschaltet haben. Mit dem Einsatz ihrer einzigartigen bunkerbrechenden Bomben hat die US-Luftwaffe das iranische Atomwaffenprogramm empfindlich getroffen und wahrscheinlich um Jahre zurückgeworfen.

Beerdigt wurde mit dem Schlag zudem die sogenannte Trump-Doktrin. Fast jeder Präsident strebt nach einem nach ihm benannten politischen Prinzip, das Jahrzehnte Bestand hat. Das mit dem Namen des amtierenden wurde allerdings nie von ihm postuliert. Besonders der isolationistische Teil seiner America-First-Koalition hing ihm diese Doktrin an, die besage, dass die USA sich nicht mehr in ausländische Konflikte einmischten.

Trump ist kein Isolationist

Doch wirklich isolationistisch war Trump nie. Bis heute unterstützt er die Ukraine mit Waffen und Geheimdienstinformationen in ihrer Verteidigung gegen Aggressor Putin. Und in seiner ersten Amtszeit liess er Qasem Soleimani, einen der ranghöchsten iranischen Generäle, töten, weil dieser unmittelbare Angriffe auf US-Bürger und -Einrichtungen geplant haben soll.

Was den Nahen Osten anbelangt, gilt also weiterhin die Carter-Doktrin, postu-

liert von US-Präsident Jimmy Carter im Jahr 1980: «Jeder Versuch einer externen Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfs zu erlangen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet und mit allen notwendigen Mitteln, einschliesslich militärischer Gewalt, zurückgewiesen.»

«Der Aktienmarkt blickt wie immer nach vorn und sieht offenbar Israel als neue starke Nation in Nahost.»

Dabei kann man im Fall des Irans wahrlich nicht mehr von versuchter Machtergreifung sprechen. Seit dem brutalen Terrorangriff der Hamas aus dem Gazastreifen heraus auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023 haben sich die Kräfteverhältnisse deutlich verschoben. Israel hat mit seiner ganzen militärischen und technologischen Macht die Hamas und die Hisbollah im Libanon – beide finanziert und kontrolliert durch Teheran – praktisch unschädlich gemacht. Ende vergangenes Jahr fiel das mit den Mullahs verbündete Assad-Regime in Syrien. Und vor knapp zwei Wochen nahm Israels skandalträchtiger Premier Benjamin Netanjahu Teheran dann direkt ins Visier.

Es hagelte internationale Kritik, ein Bruch des Völkerrechts wurde moniert. Währenddessen scheinen sich die Anleger

klar aufseiten Israels positioniert zu haben. Der Leitindex TA-35 der Börse in Tel Aviv hat seit Jahresanfang rund 18% zugelegt und handelt nahe Allzeithoch. Der Markt blickt nach vorn und sieht offenbar Israel als neue starke Nation in Nahost.

Das Regime im Iran macht hingegen einen erbärmlichen Eindruck. Gegenschläge Richtung Israel kamen vergleichsweise zahm daher. Die verbliebenen von Teheran finanzierten Terrorgruppen wurden nicht aktiviert, und auch die Strasse von Hormus wurde nicht gesperrt. Einmal mehr wurde eine erneute Eskalation in Nahost rasch eingedämmt und sorgte nur für ein kurzes Zittern an den internationalen Märkten. Selbst wenn Iran doch nicht einlenken sollte, der wichtigste Rohstoff der Region – Rohöl – würde durch die anderen Golfstaaten wohl weiter fließen.

Lernen aus den Fehlern

Vorbei ist die Zeit, da das Förderkartell Opec gemeinsam den Hahn zudrehte, um den Westen zu schädigen, dafür sind die Beziehung zu ökonomisch-rational geworden. So ein Schritt hätte auch kaum mehr die Wirkung wie noch in den von Ideologie geprägten Siebzigern. Der Westen verbraucht heute weniger fossile Brennstoffe, und der grösste Förderer von Öl und Gas sind mittlerweile die USA.

Zudem ist es unter den anderen Golfstaaten zu einer Annäherung an Israel gekommen. Dagegen herrscht keinerlei Interesse, dem Iran beizuspringen. Das Mullah-Regime destabilisiert mit seinen Ter-

rorgruppen und seinem forcierten Atomprogramm seit Jahren die ganze Region und hat sich so keine Freunde gemacht.

Internationale Sanktionen gegen das Regime und seine brutale Unterdrückung der eigenen Bevölkerung haben dem Land eine schwere Wirtschaftskrise beschert. Das Militär, das sich vor allem auf das Heer stützt, hat sich als unfähig erwiesen, die Lufthoheit über dem Land zu halten – die besitzt heute Israel. Der islamistische Religionsführer und Diktator Ayatollah Ali Khamenei soll in einem Bunker abgetaucht sein, aus Angst vor gezielter Tötung durch Tel Aviv. Die vergangenen Tage geben den Eindruck eines sklerotischen Regimes im Überlebensmodus.

«Die vergangenen Tage gaben den Eindruck eines sklerotischen Regimes im Überlebensmodus.»

Darum hat nun nicht überrascht, dass Khamenei in eine Waffenruhe eingewilligt hat, Verhandlungen über sein Atomprogramm dürften folgen. Doch bei Letzterem sollte der Westen aus vergangenen Fehlern lernen. 2015 wurde unter Trumps Vorgänger Barack Obama und mit Hilfe der Europäer ein Abkommen mit dem Iran verhandelt. Die Hoffnung war, dadurch das Regime auf die zivile Nutzung der Kernkraft beschränken zu können.

Faktisch gab es Khamenei Zeit und Ruhe, Terrorgruppen in der Region auf- und auszubauen, seine nuklearen Ambitionen weiter voranzutreiben und sie nach Belieben zu forcieren, weil er glaubte, dadurch dem Westen weitere Konzessionen und Nachsicht abpressen zu können. Obama und die Europäer müssen sich vorwerfen lassen, gutgläubig ein brutales Regime gestützt zu haben.

Ziel einer jeden neuen Verhandlung muss nun das kompromisslose Ende des iranischen Atomwaffenprogramms sein. Die zivile Nutzung der Kernkraft – die keinem verwehrt werden darf – soll Teheran zukünftig nur noch im Verbund mit seinen Nachbarn vorantreiben dürfen.

Denn auch wenn das Regime brüchig wirkt, so kann es sich doch noch lange halten. Ein Regimewechsel in einem 90-Mio.-Einwohner-Land wird nicht von aussen kommen. Darauf haben die Amerikaner nach den Erfahrungen im Irak und in Afghanistan keinen Appetit. Ein Regimewechsel von innen ist ebenfalls unwahrscheinlich. Eine Opposition existiert nicht, eher dürfte das Militär gegen die Mullahs putschen, wodurch doch nur der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben würde.

Teheran als grösster Destabilisator der Region ist so längst nicht ausgeschaltet, und der Frieden zwischen Iran und Israel bleibt ein trügerischer. Dass Trump seinen Worten abermals militärische Taten folgen lassen wird, ist somit nicht ausgeschlossen. Auch wenn es dann mit dem Friedensnobelpreis für ihn definitiv nichts mehr werden dürfte.